

GNZ

19.9.19

# AfD gegen überproportionale Windkraftflächen

Fraktion beantragt für Freitag aktuelle Stunde im Kreistag / Nachhaltigen Einsatz der Kreisspitze vermisst

**Main-Kinzig-Kreis (re).** Die AfD-Fraktion hat für die Kreistagssitzung am Freitag eine aktuelle Stunde zum Thema „Ausbau der Windkraft im Kreisgebiet“ beantragt. Hintergrund sei, dass nach vielen Versprechungen und Erklärungen diverser Kommunalpolitiker und Beschlüssen des Kreistages der „Teilplan Erneuerbare Energien“ (TPEE) im Juni von der Regionalversammlung beschlossen wurde, ohne dass Verbesserungen für den Kreis erkennbar seien, heißt es in einer Mitteilung der AfD.

Im Fall von Gründau sei zudem ein Beschluss des Kreistags vom Dezember 2016 missachtet worden, nach dem „die Errichtung von

Windkraftanlagen nur an Standorten stattfinden soll, für die eine Zustimmung der Standortkommunen vorliegt“, kritisiert die AfD.

Der Main-Kinzig-Kreis sei beim Windkraftausbau mit über 40 Prozent aller gebauten Windkraftanlagen in Südhessen überproportional belastet. Diese überproportionale Belastung hätten Landrat Thorsten Stolz und 16 Bürgermeister im Kreisgebiet bereits am 1. Februar in einer gemeinsamen Erklärung deutlich kritisiert. Die Unterzeichner forderten insbesondere eine grundlegende Überarbeitung des TPEE, um eine gerechtere Verteilung der Vorranggebiete Windkraft in den südhessischen Landkreisen zu erreichen. Auch in der Sitzung des Kreistags am 8. Februar sei eine

Überarbeitung der Landes- und Regionalplanung gefordert worden. „Insbesondere ist auf eine nachvollziehbarere und angemessene Verteilung der Windvorrangflächen zu achten und das bisherige Engagement im Hinblick auf den Ausbau von Windkraft angemessen zu berücksichtigen“ heißt es in dem Beschluss.

Von einem nachhaltigen Einsatz der Kreisspitze sowie der SPD- und CDU-Koalition zur Durchsetzung dieses Beschlusses sei allerdings nichts zu bemerken gewesen. Der verabschiedete TPEE weise im Main-Kinzig-Kreis rund 5900 Hektar Land – das sind 4,2 Prozent seiner Fläche – für den Ausbau von Windkraft aus. Bei komplettem Ausbau würde das Platz für bis zu

600 Windrädern bieten, zu denen noch etwa 50 der bereits errichteten 100 Anlagen kämen.

Um endlich wirksame Maßnahmen zu erreichen, habe die AfD-Fraktion im Juli einen offenen Brief an Landrat Stolz geschickt, der aber bislang unbeantwortet geblieben sei, und in einer zweiten Runde auch an die betreffenden Bürgermeister. Auch hier stünden die Antworten bis heute weitgehend aus.

In der beantragten aktuellen Stunde solle das Missverhältnis zwischen angekündigtem und offenkundig nicht stattgefundenem Engagement der angesprochenen Politiker „gegen diese eklatant überproportionale Belastung unserer Heimat“ aufgearbeitet werden, heißt es seitens der AfD.